

## Jahresbericht 2004

Die Mitglieder der Kantonalen Behindertenkonferenz Bern (KBK) hatten sich insgesamt zu 4 Versammlungen getroffen. Die entsprechenden Vor- und Nachbereitungen hatte der Vorstand der KBK in 8, das Co-Präsidium in 2 Sitzungen, getätigt. Zudem hatte sich das Co-Präsidium erneut mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und eine KBK-Delegation zum ersten Mal mit der Bau-, Verkehr- und Energiedirektion zu einer Zusammenarbeitssitzung getroffen.

Das Jahr 2004 war ein arbeitsintensives, sozialpolitisch spannendes Jahr, geprägt durch eine engagierte Vernetzung mit politischen Partnern. Hauptsächlich beschäftigten uns die Sparpolitik im Kanton Bern, die Abstimmung über die NFA, die kantonale Steuersenkungsinitiative, die Bundessubventionskürzungen im Behindertentransport, Projekte für Menschen mit einer psychischen Behinderung und die Problematik der Platzierung von Menschen mit Mehrfachbehinderungen.

Dazu näheres wie folgt:

- 1) Zusammenarbeit mit der Regierung
- 2) Geschäfte im Grossen Rat - Grossratsmeeting
- 3) Arbeitsgruppen
- 4) Projekte für Menschen mit einer psychischen Behinderung
- 5) NFA – Eidg. Volksabstimmung vom 28.11.04
- 6) Jahresziele
- 7) Verschiedenes

### **1) Zusammenarbeit mit der Regierung**

Die KBK konnte mit RegierungsvertreterInnen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF und der Bau-, Verkehr- und Energiedirektion BVE eine engagierte Zusammenarbeit pflegen. An der Mitgliederversammlung vom 30. März referierte Herr Markus Loosli, Leiter des Alters- und Behindertenamtes (ALBA), zum Thema wachsende Bedürfnisse im Behindertenbereich bei knappen öffentlichen Mitteln. Zudem besuchten uns Herr Dr. Rudolf Gerber, Generalsekretär GEF und Frau Annette Gfeller, Leiterin Planungsgrundlagen ALBA am 2. November zur letzten Mitgliederversammlung des Jahres. Herr Dr. Gerber bot unseren Mitgliedern einen behindertenpolitischen Tour d'horizon mit Fragemöglichkeiten.

Ende Jahr traf sich das Co-Präsidium zum 2. Mal mit Herrn RR Bhend und seinen engsten MitarbeiterInnen. Hauptsächlich befassten sich die TeilnehmerInnen mit der NFA nach dem Volksja vom 28.11.04, resp. wie der Kanton nun gedenke, die NFA umzusetzen und welche Bedeutung dies für den Behindertenbereich habe. Da der Behindertenbereich bei einem Ja zur Steuerinitiative von den Sparmassnahmen nicht ausgeschlossen werden könnte, empfahl die Regierung, uns aktiv gegen die Steuersenkungsinitiative, welche im Februar 2005 zur Abstimmung kommen werde, einzusetzen.

Erstmals trafen sich eine KBK-Delegation mit Frau RR Egger-Jenzer BVE und ihren engsten Mitarbeitern. Hauptziel war, der BVE die Ziele und Aufgabenschwerpunkte der KBK bekannt zu machen und für unsere Anliegen zu sensibilisieren.

Andere Themenschwerpunkte waren die Optimierung unserer Zusammenarbeit für einen behindertengerechten öffentlichen Nah- und Fernverkehr, die Kürzungen des Bundes im Behindertentransport ab 2005 und die Motion Ryser „Anerkennung des Behindertentransportes als Teil des öffentlichen Verkehrs“.

Der Vorstand der KBK freute sich über die konstruktive, engagierte, respektvolle Zusammenarbeit mit RegierungsvertreterInnen und dankte dafür an unseren Gesprächen. Die KBK konnte eines der wichtigsten Ziele erreichen, nämlich die Sensibilisierung für Anliegen behinderter Menschen bei Entscheidungsträgern und das kontinuierliche schrittweise Vorwärtkommen in der Behindertengleichstellung.

## **2) Geschäfte im Grossen Rat und Grossrats-Meeting**

Eine der grossen Herausforderungen war, Kontakte mit Grossratsmitgliedern zu knüpfen. Da die Mitglieder der KBK und deren Klientel die Konsequenzen der Sparpolitik des Kantons Bern in ihrer täglichen Arbeit spüren, wollten wir es nicht unterlassen, die Damen und Herren Grossräte darüber anhand konkreter Beispiele zu informieren. Herr Dr. Hans Sieber engagierte sich in Zusammenarbeit mit dem Vorstand und der Geschäftsleitung für die Organisation eines informellen Meetings während der Juni-Session des Grossen Rates. Am 22. Juni wurden Mitglieder des Grossen Rates über folgende Themen informiert: Zielsetzungen und Aufgabenschwerpunkte der KBK, Tarifierhöhungen im Behindertentransport und deren Auswirkungen auf die Betroffenen, Platzierungsproblematik von Menschen mit Mehrfachbehinderungen, Spuren der Sparpolitik im Alltag von Menschen mit einer Behinderung aus Sicht der Angehörigen und Folgen für Menschen mit einer psychischen Behinderung bei zunehmendem Spardruck. Das Meeting konnte als Erfolg gewertet werden, hauptsächlich weil das Ziel der Sensibilisierung für unsere Anliegen erreicht werden konnte. Herr RR Bhend und Herr Loosli (Leiter ALBA) besuchten unseren Anlass ebenfalls. Der KBK-Vorstand beschloss, einen solchen Anlass im 2005 zu wiederholen, vorbehaltlich aktueller sozialpolitischer Brisanz.

Frau GR Christine Häsler (GFL) informierte die KBK-Mitglieder über folgende politischen Vorstösse: Interpellation „Sexueller Missbrauch in Berner Heimen – wie geht die Regierung damit um?“, Motion „Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung“ und „Verschnaufpause im Behindertenbereich“. Letztere wurde mit Erfolg 105 gegen 39 Stimmen angenommen, d.h. die Regierung werde auf Sparmassnahmen im Behindertenbereich während der nächsten 4 Jahre verzichten.

Der KBK-Vorstand und die Mitglieder würdigten den Erfolg und verdankten den Einsatz von Frau GR Häsler an einer Mitgliederversammlung.

Herr GR Simon Ryser (SP) informierte über seine Motion „Anerkennung des Behindertentransportes als Teil des öffentlichen Verkehrs“ und sein Postulat „Schaffung eines kantonalen Behindertengesetzes“. Ersteres wurde als Postulat von der Regierung angenommen. Zudem lancierte Herr GR Ryser eine Interpellation „Auswirkungen der NFA auf den Kanton Bern – insbesondere im Behindertenwesen“.

Herr GR Ryser bestätigte, dass unsere Anliegen ernst genommen würden, dennoch würden politische Realitäten die Damen und Herren Grossräte oftmals zu anderen als von der KBK gewünschten Lösungen zwingen.

Der KBK-Vorstand dankte den Grossräten Ryser, Häsler und Wenger für ihr Engagement im Dienste behinderter Menschen und ihre stets aktuellen Informationen über die Geschäfte im Grossen Rat .

### 3) Arbeitsgruppen

#### **Behindertengerechter öffentlicher Verkehr + öffentlicher Raum**

Die Arbeitsgruppe hatte sich - im Rahmen des Umbaus der S-Bahnen Bern und der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes BehiG - zum Auftrag gemacht, einen behindertengerechten öffentlichen Verkehr im Kanton Bern zu begleiten. Die Arbeitsgruppe konnte feststellen, dass bei den S-Bahnen die Anliegen der behinderten Menschen bereits gut integriert (Infrastruktur und Mobilität) sind. Die Umsetzung der Ziele war und ist jedoch von den Sparmassnahmen bedroht.

Mit der seit 1.1.04 in Kraft gesetzten Verordnung zum BehiG waren die Transportorganisationen neu verpflichtet, an einem nationalen Umsetzungsprogramm zu partizipieren, damit die entsprechenden Bundesgelder geltend gemacht werden könnten. Die Arbeitsgruppe war von der Notwendigkeit eines kantonalen Konzeptes überzeugt, weil Kommunikationseinrichtungen und Billetautomaten nicht Gegenstand dieses Umsetzungsprogrammes waren. Herr Anton Scheidegger, Beratungsstelle öffentlicher Verkehr BÖV, arbeitete daher an einem Konzept für einen behindertengerechten öffentlichen Verkehr, damit die Eingabefrist eingehalten werden konnte und somit die Geltendmachung entsprechender finanzieller Mittel ausgelöst werden konnte.

**Amtsübergabe im Präsidium:** Am 1. Juni 2004 hatte Fritz Pfister die Leitung der AG öVöR übernommen und wünschte dem abtretenden Leiter der AG öVöR, Daniel Ziegler, viel Glück bei seinen künftigen Unternehmungen. Fritz Pfister und der Gesamtvorstand dankten Herrn Ziegler für seinen Einsatz in der Gruppe und für einen behindertenfreundlichen öffentlichen Verkehr im Kanton Bern.

**Auf das konstruktive Zusammenarbeitsgespräch mit der BVE** wurde unter Traktandum 1) Zusammenarbeit mit der Regierung hingewiesen.

#### **Zusammenarbeit mit der AG öVöR der Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern**

**(BRB)** Aufgrund der oftmals gleichgelagerten Interessen und Arbeitsschwerpunkte, entschieden sich die AgöVöR der KBK + BRB für eine engere Zusammenarbeit. Eine erste Sitzung fand am 19. Oktober statt. Es wurde beschlossen künftig die gegenseitigen Ressourcen vermehrt zu nutzen, die Zuständigkeiten zwischen Stadt- und Kantonsgebieten genauer abzusprechen, die Koordination zu verbessern und die anfallenden Arbeiten nach Interessensschwerpunkten und Kenntnissen der AG-Mitglieder zu verteilen.

**AG Mobilität:** Unter der Leitung von Peter Walder, wurde anlässlich der Bundessubventionskürzungen im Behindertentransport eine sogenannte Sturmwoche vom 6.-11.09.04 in der Stadt Bern organisiert. Die Arbeitsgruppe sensibilisierte die Bevölkerung für die drastischen Konsequenzen dieser Kürzungen auf die betroffenen behinderten Menschen. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass der Kanton Bern seinen Beitrag

an den Behindertentransport weiter leistete. Herr Walder und seine Mitarbeiterinnen sammelten erfolgreich Petitionsunterschriften, damit der Behindertentransport im Kanton Bern weitergeführt werden könne. Die Petition kam mit erfolgreichen 51'000 Unterschriften zu Stande und wurde Frau RR Egger-Jenzer am 19. November offiziell übergeben. Gleichzeitig verlangten die Grossräte Simon Ryser (SP), Ruedi Löffel (EVP) und Christine Häsler (GFL) in einer überparteilichen Motion, dass der Kanton die Finanzierung des Behindertentransports auf längere Sicht garantieren sollte. Über die Aktivitäten der AG Mobilität berichteten die Medien mehrfach.

### **Zusammenarbeit mit der Behindertenkonferenz Stadt + Region Bern BRB**

Die BRB und die KBK hatten sich zu zwei Zusammenarbeitssitzungen getroffen. Hauptsächlich wurden folgende Themen bearbeitet: Unterleistungsvertrag der BRB mit der SAEB, sozialpolitische Aktivitäten, Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr + Raum und Öffentlichkeitsarbeit. Wir suchten gemeinsam Synergien zu bilden und uns wo möglich und sinnvoll gegenseitig zu unterstützen. Gegen die NFA traten wir in der Öffentlichkeit gemeinsam an, die BRB unterstützte unsere Vorhaben gegen die Steuerinitiative ebenfalls.

Zudem fand ein erstes schweizerisches Treffen der kantonalen und regionalen Behindertenkonferenzen statt. Der Austausch war ausserordentlich spannend und kann als Startschuss für eine Vernetzungsplattform der Behindertenkonferenzen gewertet werden. Ein weiteres Treffen für 2006 wurde geplant.

### **Platzierungsnotstand**

Im Auftrag von Herrn Dr. R. Gerber, GEF, erarbeitete die Arbeitsgruppe ein Konzept, welches konkrete Lösungsvorschläge für die Platzierung von Menschen mit Mehrfachbehinderungen beinhalten sollte. Ein entsprechender Antrag wurde bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF eingereicht, um eine Platzierungskommission einzusetzen, die mit der Organisation und Finanzierung gemäss Konzept beauftragt würde. Alsdann bewilligte die GEF den Antrag und wird – sofern die Steuersenkungsinitiative am 27.02.05 abgelehnt wird – im Sinne eines Pilotprojektes eine Platzierungskommission einsetzen und ein Kostendach von Fr. 45'000.— sprechen.

Herr Stadelmann dankte allen Beteiligten für ihr Engagement und würdigte die konstruktive Zusammenarbeit aller Arbeitsgruppen-Mitglieder und der GEF.

### **Spitex**

Die Arbeitsgruppe prüfte den Vertrag zwischen den Spitex-Organisationen der Stadt Bern und ihrem Klientel. Die Auswertung zeigte, dass die Vereinbarungen rechtlich in Ordnung seien und keine Verletzung der Privatsphäre der KlientInnen vorliegen würde. Somit konnte die AG Spitex ihren Auftrag abschliessen. Die Arbeitsgruppe wurde vorerst nicht aufgelöst, um allfällige neue Aufgaben in Angriff zu nehmen.

## **4) Projekte für Menschen mit einer psychischen Behinderung**

Frau Marie-José Neff-Pidoux stellte das **Projekt Besuchsdienst Bern** für psychisch behinderte Menschen an der Mitglieder-Versammlung vom 31.08.04 vor. Der Besuchsdienst Bern will Menschen, die wegen psychischen Beeinträchtigungen eine IV-Rente beziehen, eine Ausbildung in Betagten- und Behindertenbetreuung bieten und

danach Arbeitseinsätze vermitteln. Frau Neff-Pidoux schilderte auf eindruckliche Weise die Zielsetzungen des Projektes und informierte über die vier bereits bestehenden Besuchsdienste in Basel, Zürich, Luzern und Solothurn. Der Verein Besuchsdienst Bern wurde Ende Mai 2004 gegründet.

An der Mitgliederversammlung vom 2. November 2004 informierte Frau Dr. Yvonne Wechsler über das **Berner Bündnis gegen Depression**. Ein solches Projekt wurde erstmals in den Jahren 2001 + 2002 in Nürnberg/D lanciert und weil erfolgreich, in der Schweiz erstmals in Zug nachgeahmt. Die Ziele des Bündnisses verfolgen eine bessere Früherkennung und optimale Versorgungsstrukturen für depressive Patienten. Die Kooperation mit Fachkräften, die Aufklärung der Öffentlichkeit, die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren (z.B. Lehrer, Pfarrer, Pflegekräfte) und Angebote für Betroffene sowie deren Angehörige erläuterte Frau Dr. Wechsler als weitere Ziele.

Auf Initiative der Klinik Waldau und Münsingen und in enger Zusammenarbeit mit Equilibrium, VASK und der Alzheimervereinigung wurde der **Kirchensonntag für den 6. Februar 2005** geplant. Lukas Hohl informierte, dass ein allfälliger Erlös aus der geplanten Kollekte Projekten für psychisch behinderte Menschen zugute kommen würde.

#### **5) NFA – Eidg. Volksabstimmung vom 28.11.04**

Der Vorstand musste zur Kenntnis nehmen, dass die Mitglieder grossmehrheitlich die NFA aus bekannten Gründen ablehnen würden. Er hatte zuvor beschlossen, sich nicht aktiv gegen die NFA aufzulehnen, da der Kanton Bern bei einer Annahme der NFA finanziell profitieren würde. Nach eingehender Diskussion mit den Mitgliedern wurde der Vorstand überzeugt, sich mit anderen Exponenten offiziell gegen die NFA einzusetzen. Frau Cornelia Nater wurde in die Kantonale Kommission gegen die NFA delegiert, Mitglieder wurden aufgefordert an der nationalen Kundgebung vom 16.10.04 auf dem Bundesplatz teilzunehmen, und die KBK arbeitete ein eigenes Positionspapier aus, welches die Risiken und Bedenken bei einer Annahme aufzeigte. Das Positionspapier wurde von der Behindertenkonferenz der Stadt + Region Bern BRB unterstützt und gemeinsam an alle Berner Medien zur Veröffentlichung verteilt.

Trotz allen Engagements wurde die NFA vom Schweizer Volk am 28.11.04 mit gut 2/3 Mehrheit angenommen. Die KBK wies in ihrem Positionspapier hauptsächlich darauf hin, dass sich die KBK bei einer allfälligen Annahme aktiv bei deren konkreten Umsetzung einmischen und beteiligen werde. Bei der vorgesehenen Erarbeitung eines genehmigungspflichtigen Konzeptes im Behindertenbereich würde die KBK die berechtigten Anliegen von Menschen mit einer Behinderung mit allem Nachdruck vertreten.

#### **6) Jahresziele**

Die Jahresziele 2004 konnten erreicht werden. Jene für 2005 wurden an der Mitgliederversammlung vom 2. November einstimmig verabschiedet: weiterhin sollen 4 Mitgliederversammlungen stattfinden, die politischen Kontakte gepflegt, die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, die Entwicklung der IV weiterverfolgt, die Finanzierung der KBK sichergestellt, die Steuersenkungsinitiative bekämpft und eine aktive Einmischung bei der Umsetzung der NFA garantiert werden.

## 7) Verschiedenes

Die Mitgliederversammlungen waren nebst den regulären und vielen sozialpolitischen Geschäften geprägt von themenspezifischen Kurzreferaten. Es besuchten uns Herr Markus Gamper, Direktor der IV-Stelle Bern zum Thema „Invalidenversicherung – wohin geht die Reise?“, Herr Andreas Rieder (Eidg. Büro zur Gleichstellung Behinderter EBGB) und Frau Caroline Hess-Klein (Egalité Handicap, Fachstelle DOK). Letztere informierten uns über die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Kanton Bern. Unsere anderen Gäste – insgesamt 8 – wurden weiter oben bereits erwähnt. So stand das Jahr 2004 im Zeichen der Vernetzung mit anderen sozialpolitischen Partnern.

Die KBK musste eine Nachfolge für unsere Kassierin, Frau Béatrice Stucki, finden. Frau Stucki's Arbeit wurde sehr geschätzt, ihre Arbeiten gebührend gewürdigt und verdankt. Mit Herrn Rolf Landolt konnte ein Nachfolger gefunden werden, der die Buchhaltung der KBK professionell meistert. Zudem demissioniert ein langjähriges Vorstandsmitglied, Herr Daniel Ziegler (IGGH). In der Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr engagierte sich Herr Ziegler mit Erfolg. Sein grosses Engagement wurde gewürdigt und verdankt. Die KBK freute sich, zwei engagierte Nachfolger mit Herrn Vinzenz Miescher (IGGH) für den Vorstand und Herrn Fritz Pfister (SBV Sektion Bern) für die Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr und Raum gefunden zu haben.

Die Mitglieder beschlossen eine Erhöhung des Jahresbeitrages auf Fr. 250.- pro Mitglied und einen Beitrag von mind. Fr. 50.- für assoziierte TeilnehmerInnen. Die Finanzierung der KBK war trotz der Mitgliederbeiträge nicht vollumfänglich gesichert. Deshalb bedankte sich der Vorstand besonders für die vielen freiwilligen Beiträge. Zudem unterstützte die Brändli-Stiftung die KBK mit einem einmaligen Beitrag von Fr. 5'000.-- und die Pro Infirmis Kanton Bern spendete Fr. 3'000.--. Die Geldreserven des Engagements für die Gleichstellungsinitiative von rund 5'000.-- konnte der KBK gutgeschrieben werden. Die Finanzierung der KBK sollte mittelfristig über einen Unterleistungsvertrag gesichert werden können (mit einer Dachorganisation, die einen Leistungsvertrag mit dem BSV abschliessen kann).

Der Gesamtvorstand und die Geschäftsleitung möchte Ihnen, liebe Mitglieder und Interessierte, ganz herzlich danken. Für Ihre wertvolle finanzielle und ideelle Unterstützung, für Ihr tatkräftiges Mitdenken, Mitmachen und Miteinander!

Viele wertvolle Kontakte konnten gepflegt und geknüpft werden. Dazu haben auch Sie beigetragen!

Machen wir weiter so auf einem realpolitischen Weg für die Gleichstellung behinderter Menschen!

Für den Bericht in Zusammenarbeit mit Vorstandsvertretern

**KANTONALE BEHINDERTENKONFERENZ BERN KBK**

Christine Morger, Geschäftsleiterin

Thierachern, 27. Januar 2005

---

Brüggstrasse 5, 3634 Thierachern  
tel: 033 345 19 11, mail: christine.morger@gmx.ch  
PC 30-441559-4